

SVP des Kantons Zürich
Lagerstrasse 14
8600 Dübendorf

Tel. 044 217 77 66
Fax 044 217 77 65
E-Mail: sekretariat@svp-zuerich.ch



Zürich, 10. Dezember 2013

Massenzuwanderung – vom Saulus zum Paulus

Thomas Matter, Unternehmer, Mitglied Initiativkomitee, Meilen

Bislang wurde im Zusammenhang mit der Masseneinwanderungsinitiative fast nur über die Personenfreizügigkeit gesprochen. Aber bei unserer Initiative geht es auch um den Vertrag mit der EU betreffend Schengen/Dublin. Im Jahr 2005 habe ich mich gemeinsam mit andern Unternehmern öffentlich gegen den Schengen/Dublin-Vertrag ausgesprochen. Wir waren überzeugt, dass dieses Abkommen der Schweiz hauptsächlich Nachteile bringen würde. Die Befürworter in Bundesrat und Verwaltung behaupteten, dieser Vertrag mit der Europäischen Union mache unser Land sicherer. Wie sieht die Realität heute aus?

Negative Auswirkungen von Schengen/Dublin

Vom versprochenen Rückgang der Asylgesuche dank der Schengenaussengrenze ist nichts zu merken. Im Gegenteil, wir sind gegenwärtig auf einem Rekordhoch von jährlich gegen 30'000 Gesuchen, soviel pro Kopf der Bevölkerung wie in kaum einem anderem europäischen Staat. Das grossspurig angekündigte zentrale SIS-2-Erfassungssystem sollte der Schweiz mehr Sicherheit und weniger Kriminalität bringen. Tatsächlich funktioniert das System nach acht Jahren noch immer nicht und kostet zehnmal mehr als vorausgesagt. Die Einbrüche und Diebstähle haben allein in den letzten zwei Jahren um 50 Prozent zugenommen. Die Versicherungen sehen sich gezwungen, die Prämien wegen Diebstahl und Einbrüchen massiv „anzupassen“ – AXA musste fürs Jahr 2014 die Hausratsversicherungen stark erhöhen mit der Begründung, dass die Prämien weiter ansteigen würden, wenn die Einbrüche und Diebstähle nicht zurückgehen. Schliesslich werde ich nie vergessen, was Bundespräsident Joseph Deiss vor der Abstimmung versprach: Das Bankkundengeheimnis sei mit Schengen das erste Mal international verankert und gesichert. Angesichts der seitherigen Geschehnisse erübrigt sich jeder weitere Kommentar.

Personenfreizügigkeit: Vom Befürworter zum Gegner

Im Gegensatz zum Schengen-Vertrag war ich seinerzeit Befürworter der Personenfreizügigkeit mit den 15 „alten“ EU-Staaten. Ich konnte allerdings nicht wissen, dass statt der vom Bundesrat angekündigten 8'000 Netto-Zuwanderer schliesslich 80'000 pro Jahr kommen würden. Ich konnte nicht wissen, dass die Eingriffe in die freie Wirtschaft unter dem Deckmantel der flankierenden Massnahmen dauernd noch mehr erhöht und verschärft würden. Ich konnte nicht wissen, dass immer mehr allgemein verbindliche Gesamtarbeitsverträge abgeschlossen und immer höhere flächendeckende Mindestlöhne eingeführt würden. Nie hätte ich gehant, dass eine Lohnpolizei in den Betrieben Ein- und Ausgangskontrollen durchführen würden. Eine Haftung für Subunternehmer hätte ich nie erwartet. Auch nicht, dass die Beiträge für die Arbeitslosenversicherung trotz guter Konjunktur in der Schweiz ansteigen würden. Unser freiheitliches Arbeitsmarktmodell, das Garant ist für die tiefe Arbeitslosigkeit und das diesem Land Erfolg und Wohlstand gebracht hat, wird wegen der Personenfreizügigkeit immer mehr ausgehöhlt und gefährdet. Genau diese negative Entwicklung wird nun immer mehr Unternehmern bewusst. Ich bin überzeugt, dass die Mehrheit der Wirtschaftsvertreter dies in wenigen Jahren ähnlich sehen wird.

Folgen der Massenzuwanderung

Die Boden- und Mietzinse explodieren, die Infrastrukturen sind überlastet. Eine Kulturland- oder eine Zweitwohnungsinitiative, um nur zwei Beispiele zu nennen, hätten vor der Personenfreizügigkeit mit anschliessender Masseneinwanderung keine Chance gehabt. Solche Vorstösse führen zu mehr Regulierungen und weniger Freiheit in unserem Land. Aufgrund dieser Entwicklung sehe ich als Unternehmer klar, dass heute die Nachteile grösser sind als die Vorteile, die es selbstverständlich mit dem Zugriff auf 550 Millionen EU-Bürger auch gibt. Es gibt mir zu denken, wenn Wirtschaftsfunktionäre im Hinblick auf die Abstimmung vom 9. Februar 2014 Märchen erzählen im Stil der Jungsozialisten bei der 1:12-Initiative. Economiesuisse behauptete in Inseraten und in sonstigen Publikationen, dass das Wirtschaftswachstum pro Kopf (qualitatives Wachstum) der letzten zehn Jahren dank der heutigen Personenfreizügigkeit markant gestiegen sei und wir unseren Wohlstand diesem Vertrag zu verdanken hätten.

Fakten statt Märchen

Die Fakten sehen anders aus: Von 2002 bis 2007 gab es klare Begrenzungen durch Kontingente, also genau das, was unsere Initiative eigentlich will. Eine volle Freizügigkeit für die 15 „alten“ EU-Staaten besteht erst seit Juli 2007. 2011 kam jene für weitere 8 EU-Staaten dazu, und für Rumänien und Bulgarien ist sie noch nicht einmal in Kraft. Das tatsächliche reale Wachstum pro Kopf beträgt gemäss Seco in der Zeit von 2007 bis 2012 minus 0,05 Prozent pro Jahr. Zum Vergleich: Das durchschnittliche reale Wachstum pro Kopf zwischen 1945 und 2002 betrug 1,98 Prozent, 2002 bis 2012 0,84 Prozent. Da muss man nicht

Professor sein, um festzustellen, in welcher Zeitperiode wir unseren Wohlstand erwirtschaftet haben – und dass die heutige Personenfreizügigkeit unseren Wohlstand und unsere Lebensqualität nicht erhöht hat. Die Zahlen der Wirtschafts- und Konjunkturforschungsstelle KOF sind übrigens plus/minus 0,1 Prozent identisch. Warum die Wirtschaftsverbände gezwungen sind, plötzlich mit EU-Statistiken zu hantieren, spricht für sich. Für 2013 zeichnet sich eine Zunahme der Einwanderung gegenüber 2012 von knapp 15 Prozent ab.

Massvoll statt massenvoll

Deshalb empfehle ich speziell den Unternehmern und Gewerbetreibenden nicht kurzfristig, sondern weitsichtig und staatspolitisch zu denken. Und ich appelliere an die Manager, nicht nur die mikroökonomischen Eigeninteressen der Firma zu verfolgen, sondern auch langfristig und makroökonomisch zu denken. Wir können unseren Wohlstand und unsere Freiheit nur erhalten, wenn wir die Zuwanderung massvoll statt massenvoll gestalten. Darum empfehle ich für den 9. Februar 2014 ein überzeugtes Ja zur Masseneinwanderungsinitiative.

**Thomas Matter ist Unternehmer, Verwaltungsratspräsident der Neuen Helvetischen Bank AG und Mitglied der Parteileitung der SVP des Kantons Zürich.*